



VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 108

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

pp/Journal
AZ FL-9494-Schaan

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51

Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li

Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li

Internet: http://www.volksblatt.li

DIENSTAG

Glückwünsche zum Namenstag



VADUZ: Heute Dienstag darf I. D. Erbprinzessin Sophie ihren Namenstag feiern. Im Namen unserer Leserinnen und Leser schliesst sich auch das Volksblatt dem Gratulantenkreis an und wünscht der Erbprinzessin einen schönen Tag.

Vom Wünschelrutenlehrpfad bis zu Magic Mineral

VADUZ: Zum ersten Mal findet vom 25. - 27. Mai 2001 in der Vaduzer Sperry-Halle eine Internationale Esoterik- und Gesundheitsmesse statt. 50 Aussteller aus A, D, CH und Liechtenstein präsentieren Waren und Dienstleistungen aus den Bereichen natürliches und gesundes Leben sowie Esoterik. Seite 2

Agila taugt nicht nur zum Citycar

MOBIL: «Citycar», das ist eine automobile Wortschöpfung, die es - hierzulande - eigentlich noch gar nicht so lange gibt. Fahrzeuge vor allem für den urbanen Einsatz konstruiert (als Extrembeispiel dient der Smart) aber kommen keinesfalls nurmehr downtown zum Einsatz. Seite 13

Liverpool will europäischem Titel



Vier Tage nach dem Triumph im FA-Cup gegen Arsenal (2:1) greift der FC Liverpool (im Bild Topgoalgetter Michael Owen) nach dem ersten europäischen Titel seit 17 Jahren. Die «Reds» spielen morgen Mittwochabend (20.45 Uhr) in Dortmund im UEFA-Cup-Final gegen Alaves. Seite 23

Bush tritt der OECD ans Bein

Die USA weigern sich, bei der OECD-Jagd auf Steuerparadiese mitzumachen

«Die USA unterstützen keine Massnahmen, um Ländern zu diktieren, wieviele Steuern sie zahlen müssen oder welches Steuersystem sie haben müssen und wird nicht an Initiativen teilnehmen, die weltweite Steuerharmonisierung zu Folge haben.» Dies sagte laut dem «Herald Tribune» der Finanzminister der USA, Paul O'Neill.

Rebecca Marogg

Die Regierung Bush plant anscheinend, die OECD-Initiative zur Ausmerzung «schädlicher Steuerpraktiken» (wie die Organisation das liechtensteinische Steuersystem nennt), nicht weiter zu unterstützen. Die Effektivität der OECD-Bemühungen werde durch das Ausscheiden der weltweit grössten Wirtschaftsmacht beeinträchtigt, wie der Herald Tribune weiter schreibt. Diese Initiative hat Liechtenstein auf die Schwarze Liste der OECD gebracht.

OECD «beunruhigt»

Der Generalsekretär der OECD, Donald Johnston, stufte die Aussagen von Paul McNeill als «beunruhigend» ein und sprach von einem Missverständnis, was die Ziele der OECD-Initiative angehe. Die OECD habe nie von einer «Har-



Die USA wollen nicht mehr weiter am OECD-Projekt zur Ausmerzung schädlicher Steuerpraktiken mitmachen, wie der «Herald Tribune» und das «Wall Street Journal Europe» schreiben. (Archivbild)

monisierung der Steuerpolitik gesprochen oder «anderen Ländern gesagt, wieviele Steuern sie zu bezahlen hätten. Es gehe einzig und allein darum, die Geheimhaltung zu vermeiden, mit der Geldwäscherei und Steuerbetrug Hand in Hand gingen. O'Neill hielt dem entgegen, das von der OECD initiierte Projekt sei zu breit angelegt und er befürchte, das die so ausgetauschten Informationen dazu führen könnten, dass es für alle Länder leichter würde, die Steuern zu erhöhen.

Weltweite Steuererhebungen?

Das «Wall Street Journal Europe» berichtet ebenfalls von den Aussagen von Paul O'Neill und stellt sich auf die Seite des US-Finanzministers: «Die Nachricht, die O'Neill übermittelte, lautete eigentlich: Privatsphäre und tiefe Steuern sind nicht gleich Kriminalität.» Das Blatt schreibt weiter: «Die Steuerpolizei sollte Kriminelle verfolgen und nicht Länder mit tiefen Steuern.» Laut «Wall Street Journal Europe» tönte O'Neill an, dass die die Privatsphäre zerstörenden Impulse der OECD darauf abzielen, weltweit Steuern anzuheben.

Die Zeitung resümiert: «Nun täten die hoch besteuerten Nationen der OECD besser daran, den bilateralen Weg zu gehen, anstatt ganze Länder zu kriminalisieren, um einige Störenfriede zu fangen.»

Silvio Berlusconi Wahlsieger in Italien

Absolute Mehrheit in beiden Parlamentskammern - Gemischte Reaktionen in Europa

ROM: Italien hat sich nach 1994 zum zweiten Mal für Silvio Berlusconi als Regierungschef entschieden. Sein Mitte-Rechts-Bündnis siegte in beiden Parlamentskammern. Der Triumph des Medienmoguls löste in Europa zwiespältige Reaktionen aus.



Das rechtskonservative Bündnis von Silvio Berlusconi hat bei der Parlamentswahl die absolute Mehrheit im Senat gewonnen.

Berlusconi's Allianz «Casa delle Libertà» («Haus der Freiheiten») eroberte gemäss amtlichem Endergebnis im Senat die absolute Mehrheit. Auch im Abgeordnetenhaus konnte Berlusconi nach provisorischen Resultaten mit einer klaren absoluten Mehrheit rechnen.

Dem Bündnis gehören neben der Forza Italia des Medienmoguls die Lega Nord des Populisten Umberto Bossi sowie der postfaschistischen Nationalen Allianz von Gianfranco Fini.

Der designierte Ministerpräsident Berlusconi versicherte am Abend in einer Fernsehansprache, er werde zu seinen Wahlversprechen stehen. Italien habe für den Wechsel gestimmt, er werde für eine funktionierende Regierung sorgen. Die bisher regierende Mitte-

Links-Allianz «Ulivo» («Olivenbaum») mit ihrem Spitzenkandidaten Francesco Rutelli gestand ihre Niederlage ein. Nach der Regierungsbildung soll Berlusconi im Juni das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen.

Niederlage eingestanden

Rutelli gestand seine Nieder-

lungschef Göran Persson schloss in Brüssel jedoch eine Initiative von seiner Seite gegen eine zukünftige rechtsgerichtete Regierung in Italien aus.

Von sich aus könne er keinen Handlungsbedarf für die EU sehen. Im vergangenen Jahr war Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ von den anderen 14 EU-Mitgliedsländern diplomatisch isoliert worden. Die österreichische Regierung forderte die EU auf, das Ergebnis in Italien ohne Sanktionsdrohungen zu akzeptieren.

Unterschiedliche Reaktionen

In Europa fielen die Reaktionen auf die Ergebnisse aus Rom unterschiedlich aus. Spanien gratulierte Berlusconi und äusserte die Hoffnung auf eine stabile Regierung. Frankreich kündigte an, die Arbeit der neuen italienischen Regierung aufmerksam zu verfolgen. Die EU schloss Sanktionen zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Regierung Berlusconi aus. Seite 33

Wechsel auf der liechtensteinischen Botschaft



VADUZ: Auf der liechtensteinischen Botschaft in Bern kommt es auf Ende Juni zu einem personellen Wechsel. Fürst Hans-Adam II. (Bild) hat auf Vorschlag der Regierung Prinz Stefan von und zu Liechtenstein zum neuen Vertreter des Fürstentums ernannt. Der Bundesrat habe der Ernennung die Zustimmung erteilt, meldete das Presseamt in Vaduz gestern. Der 40-jährige Prinz Stefan ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Er tritt die Nachfolge von Prinz Wolfgang von und zu Liechtenstein an, der sich aus Altersgründen zurückzieht. Prinz Wolfgang ist seit Oktober 1996 liechtensteinischer Botschafter in Bern.